



## **Innenausschuss**

### **14. Sitzung (öffentlich)**

11. April 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:25 Uhr bis 12:40 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
<b>Zur Tagesordnung</b>	<b>6</b>
Die Tagesordnung wird um eine Aktuelle Viertelstunde erweitert.	
<b>1 Aktuelle Viertelstunde</b>	<b>7</b>
<u>Thema:</u> <b>NSU-Anschlag in der Kölner Keupstraße am 9. Juni 2004 unter Polizeizeugen?</b> (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; siehe Anlage)	<b>7</b>
Bericht eines Vertreters des Ministeriums für Inneres und Kommunales	
Diskussion	

Innenausschuss

11.04.2013

14. Sitzung (öffentlich)

Sm

**2 Anerkennungsgesetz Nordrhein-Westfalen 24**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/1188  
Ausschussprotokoll 16/168

- Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf Drucksache 16/1188 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion an. Die CDU-Fraktion verzichtet auf ein Votum.

**3 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Sicherungsverwahrung in Nordrhein-Westfalen 25**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/1435  
Ausschussprotokoll 16/167

- Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden Rechtsausschuss

Der Gesetzentwurf wird einstimmig ohne Votum an den Rechtsausschuss weitergeleitet.

**4 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen zum Zensusgesetz 2011 26**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/2255

Zunächst wird das Votum des Ausschusses für Kommunalpolitik abgewartet. Der Gesetzentwurf wird entweder am 2. Mai 2013 oder am 8. Mai 2013 beraten.

**5 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und des Polizeiorganisationsgesetzes 27**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/2256

Im Ausschuss wird Einvernehmen festgestellt, am 8. Mai 2013 um 10 Uhr eine Sondersitzung mit einer Anhörung zum Gesetzentwurf für ein Polizeigesetz NRW durchzuführen. Pro Fraktion sind zwei Sachverständige vorgesehen.

**6 Eingeleitete polizeiliche Fahndungsmaßnahmen nach der Entweichung des Häftlings Ralf M. aus der Justizvollzugsanstalt Werl (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; siehe Anlage) 28**

Vorlage 16/780

Diskussion

**7 Fahndungspanne bei Festnahme von Salafisten? (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; siehe Anlage) 30**

Vorlage 16/779

**8 Polizeieinsatz zur Beendigung der Geiselnahme in Köln-Chorweiler (Berichtswunsch des Ministers) 31**

Bericht des Inspektors der Polizei

**9 Verschiedenes 35**

**a) Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzgesetzes 35**

**b) Besuch bei den Spezialeinheiten in Hemer am 1. Juli 2013 35**



## **5 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und des Polizeiorganisationsgesetzes**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/2256

**Vorsitzender Daniel Sieveke** erläutert, der Gesetzentwurf sei am 20. März 2013 an den Innenausschuss zur Beratung überwiesen worden. Neben dem Fristablauf – § 15 a PolG – zum 31. Juli 2013 sei auch die vom Bundesverfassungsgericht vorgegebene Umsetzungsfrist zur Anpassung des TKG und des Ländergesetzes bis zum 30. Juni 2013 zu beachten.

Das bedeute, die Abschlussberatung im Ausschuss müsse spätestens am 6. Juni 2013 erfolgen, damit das Gesetz noch rechtzeitig in der Plenarwoche vom 19. bis 21. Juni 2013 verabschiedet werden könne.

Zur heute vorgesehenen Festlegung des Beratungsverfahrens sei in der vorgeschalteten Obleuterunde bereits eine Absprache getroffen worden, und zwar dass am 8. Mai 2013 eine Sondersitzung stattfinde, bei der zunächst um 10 Uhr eine Anhörung zum Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt werde.

Innerhalb einer Woche sollten durch die Fraktionen die Sachverständigen und die möglichen Fragen an die Sachverständigen geklärt werden.

Im Ausschuss wird Einvernehmen festgestellt, am 8. Mai 2013 um 10 Uhr eine Sondersitzung mit einer Anhörung zum Gesetzentwurf für ein Polizeigesetz NRW durchzuführen. Pro Fraktion sind zwei Sachverständige vorgesehen.

